

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Vertrauensbildung zwischen China und Indien

Noch sind viele Hindernisse auf dem Weg zu einer engen chinesisch-indischen Kooperation zu beseitigen, doch sind beide Staaten offensichtlich zunehmend bemüht, den Prozess aktiv zu beschleunigen. Allgemein mangelndes Wissen über den Nachbarn dürfte auf beiden Seiten nach wie vor eines der Haupthindernisse darstellen. Davon zeugten auch jüngst Proteste von Sikhs gegen ein chinesisches Restaurant namens Nanking in der indischen Hauptstadt. Sie hatten den Namen für eine Verballhornung des indischen Frauennamens Nanki gehalten, des Namens einer Schwester des Begründers des Sikhismus Guru Nanak. Die chinesische Regierung ist nicht zuletzt im Rahmen ihrer Public-diplomacy-Strategie darum bemüht, derlei Missverständnisse auszuräumen. Zu diesem Zweck betreibt China Radio International beispielsweise eigens eine Website in Hindi (<http://in.chinabroadcast.cn/>).

Im diplomatischen Bereich sind die chinesisch-indischen Bemühungen um Annäherung und Kooperation inzwischen erfolgreicher. So konnte der sechstägige Besuch des indischen Verteidigungsministers Pranab Mukherjee Ende Mai mit einem gemeinsamen Memorandum of Understanding gekrönt werden, in dem beide Staaten sich für eine Intensivierung der militärischen

Beziehungen einsetzen, ein Austauschprogramm im Rahmen der militärischen Ausbildung institutionalisieren wollen und grundsätzliche Einigung über die Durchführung gemeinsamer Manöver erzielen.

Dieser Erfolg der chinesischen Diplomatie wiegt umso mehr, als Vertreter der Verteidigungspolitik und des Militärs in Indien zu den größten Skeptikern gegenüber einer indisch-chinesischen Annäherung zählen und alte Bedrohungsszenarien hier noch stark ausgeprägt sind. Wie mit der Weboffensive chinesischer Medien in Hindi setzte die chinesische Regierung aber auch hier auf ihre Soft Power, um die Herzen indischer Politiker zu gewinnen. Das Besuchsprogramm für Mukherjee war so gestaltet worden, dass er sich von den Erfolgen des chinesischen Wirtschaftswachstums und der gegenüber der Vorreformphase stark liberalisierten Gesellschaft beispielsweise in Shanghai überzeugen konnte und sich davon dann auch explizit stark beeindruckt zeigte. Auch sonst hatte sich die chinesische Regierung sehr um das Besuchsprogramm bemüht. Mukherjee traf nicht nur seinen Amtskollegen, sondern auch den chinesischen Außenminister und weitere höchstrangige Politiker. Ferner wurde ihm die besondere Ehre zuteil, das ansonsten nicht zugängliche Raumfahrtkontrollzentrum in der chinesischen Hauptstadt besuchen zu dürfen.

Bereits im Vorfeld des Staatsbesuchs hatte der indische Verteidigungsminister jedem Versuch anderer Staaten öffentlich eine Absage erteilt, Indien im Sinne eines Contain-

ments Chinas oder einer Politik des Balancing of Power zu missbrauchen. Nach den jüngsten positiven Entwicklungen in den Beziehungen Indiens zu den Vereinigten Staaten – insbesondere nach der Übereinkunft über die Lieferung von Nuklearmaterial aus den USA für die zivile Nutzung in Indien – dürfte eine solche Aussage in Beijing auf besondere Gegenliebe gestoßen sein. Bezüglich des Nuklear-Deals zwischen Delhi und Washington hatte China sich ohnehin öffentlich zurückgehalten und gelassen reagiert (vgl. Giese in C.a., 2/2006, S. 41-50). Dies geschah offensichtlich nicht zuletzt in dem Wissen, dass neben der ausstehenden Zustimmung des Kongresses in Washington auch die 45 Mitglieder umfassende Nuclear Supplier Group – zu deren wichtigsten Mitgliedern zählt China – einer Lieferung von Nuklearbrennstoffen an Indien ebenfalls noch zustimmen muss. Mitte Juni erklärte der indische Verteidigungsminister in diesem Zusammenhang, sein Land bemühe sich sehr um eine Zustimmung Beijings.

Hatte es schon im Vorfeld des Besuchs eine Absage an ein Containment Chinas gegeben, so erklärte Mukherjee unmittelbar im Anschluss an seinen China-Besuch Anfang Juni in Singapur auf dem fünften Asia Security Summit, auch als Shangri-la Dialog bekannt, die Entwicklung der Kooperation mit China sei ebenfalls eine der Prioritäten in der indischen Außenpolitik. Die US-amerikanischen Regierungsrepräsentanten nutzten das Treffen hingegen für erneute harsche Kritik an chinesischen Verteidigungsausgaben und deren Intransparenz.

Auch unmittelbar im Grenzgebiet zwischen China und Indien werden Fortschritt

te der Annäherungspolitik sichtbar. Anfang Juli wurde hier der Grenzübergang am Pass Nathu-la wieder für den kleinen Grenzverkehr geöffnet, der als Folge des Grenzkriegs von 1962 offiziell die letzten 44 Jahre gesperrt gewesen war. Damit erkennt China auch faktisch die Souveränität Indiens über Sikkim an, das 1975 von der indischen Union annektiert worden war und auf dessen Territorium sich der neue Grenzübergang befindet.

Zunächst für den kleinen Grenzhandel und Händler aus der Region geöffnet und auf den Austausch von gerade einmal 15 Produkten beschränkt, sehen chinesische Kommentatoren in der Grenzöffnung den Beginn einer vielversprechenden Entwicklung des bilateralen Handels in der Himalaya-Region. Dabei wird betont, dass mit der kürzlich erfolgten Eröffnung der ersten chinesischen Eisenbahnlinie nach Lhasa auch das vom Grenzübergang auf dem Nathu-la nur etwa 550 km entfernte Kalkutta ins Visier chinesischer Produzenten gerückt sei. Die indische Regierung ist mit derartigen Prognosen vorsichtiger und hielt sich zunächst bedeckt. In erster Linie handelt es sich aus Sicht Delhis um eine weitere vertrauensbildende Maßnahme. Hatte man sich in ersten Stellungnahmen zu dem wirtschaftlichen Potenzial dieses Schrittes ebenfalls zunächst vorsichtig geäußert und insbesondere auf die auf indischer Seite fehlende Straßenanbindung hingewiesen, so erfolgte keine zwei Wochen nach Grenzöffnung – wohl nicht zuletzt auf Druck aus der Wirtschaft – die Entscheidung, dem notwendigen Straßenbau Priorität einzuräumen, verbunden mit der vorzeitigen Freigabe von Finanzmitteln.

(XNA, 3., 19.6.06, 4.7.06; ST, 30.5.06, 15., 20.6.06, 4., 8.7.06; FAZ, 2., 20.6.06; NZZ, 6., 7.6.06; FT, 6.7.06; IHT, 20.6.06; HB, 6.7.06; SCMP, 30.5.06; WST, 27.6.06; PTI, 28., 29.5.06, 21., 26., 27.6.06, nach BBC PF, 28., 29.5.06, 21., 26., 27.6.06; Doordashan TV, 2.6.06, nach BBC PF, 2.6.06; Doordashan DDTV, nach BBC PF, 29.6.06)

Nordkorea verursacht Gesichtsverlust Beijings

In der zweiten Junihälfte verdichteten sich die Anzeichen dafür, dass Nordkorea einen Raketentest plante. So war von geheimdienstlichen Erkenntnissen die Rede, dass ein solcher Test unmittelbar bevorstehen würde und auch den Abschuss einer Langstreckenrakete mit einschließen könnte. Noch am 20. Juni erklärte die chinesische Regierung, sie habe Nordkorea dazu befragt, jedoch von nordkoreanischer Seite dazu keinerlei Informationen erhalten. Chinesische Regierungsvertreter äußerten daraufhin öffentlich, es sei mit negativen Folgen für Nordkorea zu rechnen, sollte sich das Land zu einem derartigen nicht konstruktiven Schritt hinreißen lassen.

Eine Woche später schaltete sich auch Premierminister Wen Jiabao mit für chinesische Verhältnisse überaus deutlichen Worten an Nordkorea ein. Er warnte ausdrücklich, ein Test von Langstreckenraketen werde zu regionalen Spannungen führen und die Bereitschaft der an den Sechs-Parteien-Gesprächen beteiligten Staaten zum Einlenken gegenüber Nordkorea weiter verringern. Als Nordkorea Anfang Juli schließlich ungeachtet der Warnungen Beijings eine Testse-

rie durchführte, war Beijings Diplomatie gescheitert und es wurden Fragen nach der realen Kapazität Chinas aufgeworfen, auf Nordkorea mäßigend einzuwirken und weiterhin als Vermittler zu fungieren. Damit hatte der ungeliebte Nachbar in Chinas Norden der aufstrebenden Weltmacht China einen erheblichen Gesichtsverlust zugefügt.

Zwar betonte die chinesische Regierung in ihrer Verurteilung der Raketentests weiterhin ihre mäßigende Haltung und sprach nur von einer ersten Beunruhigung über die Aktion Nordkoreas, während sie angesichts der ansonsten allenthalben drastischen Verurteilung der Tests alle beteiligten Parteien zur Ruhe aufrief. China verhinderte zunächst auch eine Verurteilung durch den Weltsicherheitsrat, die von Japan als Vorlage eingebracht worden war und bindende Sanktionen gegen Nordkorea vorsah. Allerdings sah sich Beijing angesichts der eigenen Schmach, des Gesichtsverlusts, des wachsenden internationalen Drucks und um aus eigener Sicht Schlimmeres zu verhindern gezwungen, einen eigenen Resolutionsentwurf gegen Nordkorea einzubringen, während eine hochrangig besetzte Delegation zeitgleich versuchte, mit der nordkoreanischen Regierung im Gespräch zu bleiben. Die Frustration über die Uneinsichtigkeit Nordkoreas öffnete den Weg für China, gemeinsam mit Russland deutliche, verurteilende Formulierungen für den Resolutionsentwurf zu finden – dabei jedoch weiterhin auf von Seiten Japans und der USA geforderte harte Sanktionen zu verzichten.

Mitte Juli wurde die Resolution 1695 einstimmig vom UN-Sicherheitsrat angenommen, worin die Raketentests Nordko-

reas vom 5. Juli 2006 ausdrücklich verurteilt wurden und von dem Land verlangt wurde, sein Raketenprogramm einzustellen. Mit der Annahme der Resolution werden ferner alle Mitgliedsstaaten darauf verpflichtet zu verhindern, dass Nordkorea Güter erhält, die in seinem Raketenprogramm eingesetzt werden können. China war jedoch offensichtlich darum bemüht, die Tür für zukünftige Verhandlungen mit Nordkorea nicht vollständig zuzuschlagen, und eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern. So wurde auf Druck Beijings kein Verweis auf Kapitel 7 der UN-Charta in die Resolution aufgenommen, was den Weg für militärische Sanktionen frei gemacht hätte. Darüber hinaus hatte Beijing zunächst einen Vorstoß der USA stoppen können, die Sechs-Parteien-Gespräche als Fünf-Parteien-Gespräche auch ohne Teilnahme Nordkoreas wieder aufzunehmen und Beschlüsse über dessen Kopf hinweg herbeizuführen, was zweifelsohne zu einer Verschärfung der Lage geführt hätte.

Ob Nordkorea diese Schritte Beijings als positiv anerkennen wird, ist allerdings fraglich. Das Verhalten der nordkoreanischen Regierung hat zu erheblicher Frustration in Beijing geführt, zu einem international bisher beispiellosen Gesichtsverlust Chinas, einer möglichen Neubewertung der diplomatischen Kapazitäten und des Einflusses Chinas insbesondere auf Seiten der USA und damit letztendlich auch zu einer bislang nicht da gewesenen Zerrüttung der Beziehungen zwischen Nordkorea und seinem einzigen verbliebenen Fürsprecher China. (ST, 21., 22., 28., 29.6.06, 3., 8., 12., 13., 14., 18.7.06; SCMP, 29.6.06, 21.7.06; WSJ, 10.7.06; FT,

7., 10.7.06; NZZ, 29.6.06, 14.7.06; FAZ, 12.7.06; IHT, 23.6.06)

Australien nötigt China Zugeständnisse ab

China, das aufgrund seines Wirtschaftsaufschwungs allgemein um seine sehr starke Verhandlungsposition weiß, musste kürzlich gegenüber Australien feststellen, dass sich das Blatt auch gegen das Reich der Mitte wenden kann. Ende Juni feierten der chinesische Premierminister Wen Jiabao und sein australischer Amtskollege John Howard in Shenzhen den Beginn von Flüssiggaslieferungen aus Australien, die bereits im Oktober 2002 zwischen beiden Ländern vereinbart worden waren. Bei der mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einem Volumen von 18 Mrd. US\$ abgeschlossenen Liefervereinbarung handelt es sich für Australien um das bisher größte einzelne Handelsgeschäft überhaupt.

Nach dem Abschluss im Jahr 2002 war China immer wieder bemüht, weitere Liefervereinbarungen einzugehen. Aufgrund des inzwischen auf das Doppelte angestiegenen Preises für verflüssigtes Erdgas kamen diese jedoch nicht zustande. China hatte unter Hinweis auf langfristige Nachfrage auf dem chinesischen Markt niedrigere Preise durchsetzen wollen und war damit gescheitert. Das Gleiche geschah im Hinblick auf Eisenerz. Australien und auch andere Anbieter zogen es vor, ihre Vorkommen zu üblichen Weltmarktpreisen an andere Bitter – insbesondere Japan und Südkorea – zu verkaufen.

Die Probleme, die für China daraus resultierten, wurden besonders in diesem Jahr offenkundig, als gasbetriebene Kraftwerke mangels Brennstoffs abgeschaltet werden mussten und auf diese Weise die Energieknappheit noch verstärkten. Aufgrund der weiter bestehenden Preisbindungen für Kohle und elektrische Energie auf dem chinesischen Binnenmarkt sind Elektrizitätserzeuger angesichts der hohen Weltmarktpreise für das sauberere Flüssiggas in China ferner nicht konkurrenzfähig und legen daher die Anlagen eher still. Etwa 65% des auf der Basis des Vertrags von 2002 zukünftig gelieferten Flüssiggases ist für die Stromerzeugung vorgesehen.

Um unabhängiger von den hohen Weltmarktpreisen zu werden, strebt China seit längerem Investitionen im Rohstoffsektor der Exportländer selbst an. Auch Australien bildet hier keine Ausnahme. Australien befindet sich hier in einer ungewohnt starken Verhandlungsposition und schickt sich an, die mit China unternommenen Gespräche über Freihandelsvereinbarungen zu seinen Gunsten zu gestalten. Für die Möglichkeit, im australischen Energiesektor investieren zu können, werde China sich wohl im Hinblick auf den erleichterten Marktzugang für australische Landwirtschaftsprodukte und Dienstleistungen bewegen müssen, hieß es im Zusammenhang mit dem Besuch Howards in Shenzhen. Die chinesische Seite, eine starke Position gewohnt, tut sich bislang schwer mit den entsprechenden erwarteten Zugeständnissen. (WSJ, 28.6.06; SCMP, 29.6.06; FT, 28.6.06)

Geringer Fortschritt im fünften Jahr der SCO

Mitte Juni trafen sich die höchsten Repräsentanten der sechs Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organization zum Jubiläumsgipfel in Shanghai. Mit Beobachterstatus waren Vertreter der Mongolei, Pakistans, Irans und Indiens mit von der Partie, wobei der indische Regierungschef Singh sehr zur Verärgerung Beijings durch Abwesenheit glänzte. Auch an Afghanistan war eine Einladung ausgesprochen worden, nicht zuletzt, weil der illegale Handel mit dort produzierten Drogen für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen ein Problem darstellt, über dessen Bekämpfung verhandelt werden sollte.

Die größte Aufmerksamkeit wurde angesichts der ungelösten Problematik iranischer Urananreicherung in der Weltpresse allerdings dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad zuteil. Dieser wagte sich in einer im chinesischen Fernsehen übertragenen öffentlichen Rede erwartungsgemäß weit vor. Zwar benannte er die USA nicht namentlich, doch forderte er, die SCO müsse sich gegen die Bedrohung durch dominierende Mächte zur Wehr setzen – ein Statement, das von Seiten der SCO-Mitglieder weitgehend unkommentiert blieb. Ahmadinejad hatte auch hervorgehoben, dass die SCO einschließlich der Beobachterländer immerhin die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentiere und damit ein entsprechendes diplomatisches Gewicht in die Waagschale der Weltpolitik werfen könnte. Vorerst wird es jedoch bei diesem Gedankenspiel bleiben. Bis auf weiteres wurde sowohl dem Iran als auch den weite-

ren Aspiranten auf eine Vollmitgliedschaft von den bisherigen Mitgliedern eine Absage erteilt. Über das Verfahren, das zur Aufnahme neuer Mitglieder führen könnte, sei bislang nicht hinreichend diskutiert geschweige denn ein Konsens erreicht worden, hieß es.

An Konkretem wurde auf dem Treffen in Shanghai lediglich vereinbart, im kommenden Jahr im Rahmen der SCO die bislang umfangreichsten gemeinsamen Militärmanöver zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung in Russland durchzuführen. Weiterhin konnte Einigkeit in der Frage hergestellt werden, dass die SCO einen asiatischen nächsten UN-Generalsekretär wünscht. Die Vorstöße Hu Jintaos, der sich bemüht zeigte, das strategische Aktionsvermögen und damit das Gewicht der Organisation in der Weltpolitik zu steigern, verhallten hingegen weitgehend ohne Echo. Hu hatte gefordert, die Kooperation und Koordination der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten zu intensivieren, sich im Vorfeld abzustimmen, um eine gemeinsame Haltung in wichtigen internationalen und regionalen Fragen zu entwickeln und auch entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. (XNA, 15., 16.6.06; ST, 16.6.06, 21.7.06; WSJ, 10., 15.6.06; NZZ, 17./18.6.06; SCMP, 13.6.06; FT, 22.6.06; die tageszeitung, 16.6.06)

US-Schritte zur Intensivierung des Verteidigungsdialogs

Nachdem noch im Mai die jährliche fast schon rituell anmutende Kritik der USA an den chinesischen Verteidigungsanstrengungen die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu belasten schien, folgten bereits

Anfang Juni wieder deutlich konziliantere Töne aus Washington. Diese passten insgesamt besser ins Bild, hatte sich doch bereits Mitte Mai beim Besuch von Admiral William Falcon in China abgezeichnet, dass sich die insgesamt seit geraumer Zeit wieder positiv verlaufende Entwicklung der Beziehungen beider Staaten auch im Verteidigungsbereich weiter fortsetzt. Falcon hatte chinesische Militärvertreter zur Beobachtung eines großen Manövers der US-Marine im Juni nach Guam eingeladen, und die chinesische Regierung hatte diese Einladung auch angenommen.

Insgesamt scheinen sowohl Washington als auch Beijing sehr an einer Intensivierung ihres Austauschs im Verteidigungsbereich interessiert zu sein. Allein die hochrangigen Besuche und Gesprächsrunden im Juni und Juli dieses Jahres legen beredtes Zeugnis davon ab. Eine hochrangige zehnköpfige chinesische Delegation beobachtete Mitte des Monats die US-Manöver mit der Bezeichnung Valiant Shield, an denen 22.000 Mann, 280 Flugzeuge und 30 Schiffe, darunter drei Flugzeugträger, beteiligt waren. Bereits zuvor hatte die achte Runde der jährlichen bilateralen Verteidigungsgespräche in Beijing stattgefunden, die im Jahr 1997 begonnen worden waren, dann aber im Zuge des Zwischenfalls mit einem amerikanischen Spionageflugzeug vor Hainan im April 2001 für mehrere Jahre ausgesetzt wurden.

Den bisherigen Höhepunkt in den beiderseitigen Beziehungen im Verteidigungsbereich bildete zweifelsohne der bislang beispiellose Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, General Guo Boxiong, bei US-Verteidigungs-

minister Rumsfeld und Präsident Bush. Diesem Besuch wurde von beiden Seiten große symbolische Bedeutung beigemessen, weil er zeigt, dass beide Länder ein großes Interesse an der Verbesserung ihrer im Bereich der Verteidigung nach wie vor belasteten Beziehungen haben. Erwartungsgemäß wurde von den Gesprächen nicht viel bekannt. Allerdings reagierte General Guo dem Vernehmen nach positiv auf das Angebot Rumsfelds, noch in diesem Jahr gemeinsame Such- und Rettungsübungen durchzuführen. Zu einer formalen Vereinbarung darüber kam es jedoch nicht.

Die USA, die sich bereits mehrfach darüber beklagt hatten, dass sie China Einblick in ihre Verteidigungsanstrengungen gewährten, auf Seiten Beijings jedoch ähnliches Entgegenkommen vermissten, sprachen weiterhin eine Einladung an den Kommandeur der chinesischen Nuklearstreitkräfte aus, ebenfalls noch in diesem Jahr das Strategische Kommando der Vereinigten Staaten in Nebraska zu besuchen. Das Pentagon verspricht sich davon, mit China ins Gespräch über die chinesische Nukleardoktrin zu kommen. (SCMP, 16., 20.6.06, 19., 20.7.06; ST, 9.6.06, 19.7.06; WSJ, 22.6.06; XNA, 21.7.06; FT, 5.6.06; Xinhua, 18.6.06, 19.7.06, nach BBC PF, 18.6.06, 19.7.06)

Bekanntnis zu Afrika mehr als schöne Worte?

In der zweiten Junihälfte besuchte der chinesische Premierminister Wen Jiabao innerhalb einer Woche Ägypten, Ghana, die Republik Kongo, Angola, Südafrika, Tansania und Uganda. Abgesehen von der Be-

siegelung neuer Kontrakte für die chinesische Wirtschaft diente die Reise in erster Linie der Dokumentation des großen chinesischen Engagements für und auf dem afrikanischen Kontinent. Immer wieder wurde propagiert, dass China die bessere Alternative zu westlichen Mächten sei, da es grundsätzlich die von den jeweiligen Ländern gewählten Gesellschaftssysteme und Entwicklungspfade respektiere, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der souveränen Staaten einmische und auch seine Unterstützung nicht an politische Bedingungen kople.

China, so Wen in Südafrika, trachte nicht danach, seine eigenen Werte und Entwicklungsmodelle nach Afrika zu exportieren. Vielmehr sei es Beijings Anliegen, so Wen weiter, die Interessen Afrikas im Rahmen internationaler Foren uneigennützig zu vertreten. China sei strikt gegen die in den internationalen Beziehungen herrschende Doppelmoral und die gängige Praxis, dass die Starken die Schwachen schikanierten. Nicht zuletzt der für November geplante China-Afrika-Gipfel solle daher einer Unterstützung der afrikanischen Entwicklung dienen. Er werde sich konzentrieren auf Fragen der Schuldenreduzierung, der Wirtschaftshilfe, der Ausbildung von Fachkräften und der Investitionen.

Darüber hinaus kündigte Wen Jiabao an, den kulturellen Austausch zwischen China und den afrikanischen Ländern stärken zu wollen, mehr Schulen errichten und mehr Stipendien für ein Studium afrikanischer Studenten in China bereitstellen zu wollen. Auch sollen mehr Mediziner in afrikanische Länder entsandt werden, Malariamittel zur Verfügung gestellt werden, Behandlungs-

und Präventionszentren errichtet werden und die Kooperation zur Verhütung und Kontrolle von AIDS intensiviert werden. China setzt hier deutlich auf humanitäres Engagement und eine auch durch Kulturaustausch voranzutreibende Imagepflege.

Einschätzungen von chinesischen Think Tanks weisen darauf hin, dass sich das positive Bild, das Beijing in Afrika vom selbstlosen Helfer China zu vermitteln sucht, mit zunehmendem wirtschaftlichen Erfolg auf dem Schwarzen Kontinent zu kippen droht. Wachsende Unzufriedenheit mit der Überschwemmung der Märkte mit billigen chinesischen Konsumgütern ist dabei nur ein Faktor. Gewarnt wird auch schon, dass chinesische Ölfirmen ebenso zur Zielscheibe von Protest und Gewalt werden könnten wie amerikanische Multis in Nigeria, sollte die örtliche Bevölkerung nicht in stärkerem Maße und vor allem sichtbar vom chinesischen Wirtschaftsengagement profitieren. Kein Wunder also, dass sich chinesische Firmen zunehmend dazu gedrängt sehen, tatsächlich auch in Afrika zu investieren und damit zur örtlichen Entwicklung beizutragen – nicht zuletzt, um die von der chinesischen Politik eingegangenen verbalen Verpflichtungen auch real zu erfüllen.

Allein der propagandistische Hinweis auf die früheren Leistungen Chinas auf dem afrikanischen Kontinent, die sowohl vom chinesischen Außenministerium als auch von Wen Jiabao selbst während seiner Afrika-Reise gebetsmühlenartig wiederholt wurden, werden hier nicht mehr ausreichen. Allzu leicht ist zu durchschauen, wenn hier von 900 realisierten Projekten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwick-

lung, 18.000 Stipendien für Studenten aus 50 afrikanischen Ländern sowie 16.000 chinesischen Medizinerinnen die Rede ist, die in 47 Ländern Afrikas 240 Mio. Patienten behandelt hätten. Dabei blieb der zeitliche Rahmen, auf den sich diese Erfolgsbilanz bezieht, geflissentlich ungenannt. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Rückschau auf nicht weniger als 50 Jahre.

Bislang ist Beijing insbesondere aufgrund seiner Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ein attraktiver Partner für viele afrikanische Staaten, auch wenn gerade diese Haltung im Westen zu Kritik an der vermeintlichen Stützung autokratischer Regime und der De-facto-Legitimierung von Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Auch hier scheint das chinesische Außenministerium nun eine interessante Wendung – zumindest auf propagandistischem Gebiet – zu vollziehen. Im Zusammenhang mit dem chinesischen Engagement im Sudan hieß es in Beijing jüngst, China erbringe positive Leistungen, die direkt der sudanesischen Bevölkerung zugute kämen, und unterstütze definitiv durch sein ökonomisches Engagement das wirtschaftliche Wachstum und damit auch die Verbesserung der Menschenrechtssituation in dem Land. Das klingt stark nach der bekannten Formel vom Wandel durch Handel, mit der auch europäische Staaten wiederholt enge Wirtschaftsbeziehungen zu menschenrechtsverletzenden und undemokratischen Staaten politisch legitimierten. Allerdings muss auch auf die von der europäischen abweichende chinesische Definition der Menschenrechte hingewiesen werden, in deren Zentrum nicht Demokratie und Freiheit des Einzel-

nen sondern zunächst die Verbesserung der materiellen Lage auf ein menschenwürdiges Niveau steht. (XNA, 9., 15., 18., 20., 22.6.06; ST, 24.6.06; WSJ, 9.6.06; FT, 20.6.06)

China möchte Afghanistan langfristig an sich binden

Der chinesische Präsident Hu Jintao lobte seinen afghanischen Amtskollegen im Rahmen von dessen Staatsbesuch in China für den Stellenwert, den die neue afghanische Regierung der Pflege und Entwicklung der Beziehungen zu China einräumt. Man habe in der jüngeren Vergangenheit eine gute Koordination in internationalen und regionalen Angelegenheiten gepflegt, und China sei sehr zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen.

Obgleich eine derartige Wortwahl deutlicher Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen beiden Staaten ist, scheint es der chinesischen Außenpolitik auch im Falle Afghanistans gelungen zu sein, das Bild des wohlwollenden Großen Bruders zu vermitteln, der sich im Gegensatz insbesondere zu westlichen Aufbauhelfern nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischte. Andernfalls hätte Karzai seinem chinesischen Gesprächspartner kaum für die Unterstützung und ökonomische Hilfe gedankt, die insbesondere im ökonomischen Bereich nicht mit eigenen Interessen verbunden sei.

Abgesehen von der Unterzeichnung einer Reihe von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Abkommen wie etwa des Vertrags über gutnachbarliche Beziehungen stand die Bekämpfung von Terrorismus und

besonders der grenzüberschreitenden Kriminalität auf der chinesischen Gesprächsagenda. Auch in diesem Bereich wurde eine verstärkte Kooperation vereinbart, die die militärische Zusammenarbeit einschließen wird. Auch der afghanische Verteidigungsminister Abdul Rahim Wardak zeigte sich dankbar für die chinesische Unterstützung für sein Land und im Besonderen für die afghanischen Streitkräfte; China sei ein zuverlässiger Nachbar und Partner.

Afghanistan selbst bietet sich für China aktiv als Brücke zu den zentralasiatischen Staaten an, nach Karzais Worten insbesondere zu Turkmenistan und dem Iran. In diesem Zusammenhang begrüßte der afghanische Präsident auch ausdrücklich den Beobachterstatus Chinas bei der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC). Ob Afghanistan jedoch in der Lage ist, die angestrebte Vermittlerrolle zu übernehmen, darf angezweifelt werden. Schließlich warb Karzai im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen gleichzeitig auch um eine aktivere Rolle Chinas gegenüber Pakistan und anderen Nachbarstaaten.

Auch diesmal hatte China Geschenke zu verteilen, die dazu angetan sein dürften, Afghanistan längerfristig an sich zu binden. Zunächst werde China in diesem Jahr noch eine weitere nicht rückzahlbare Finanzhilfe in Höhe von 80 Mio. Yuan RMB gewähren. Des Weiteren, so Hu Jintao, sei China jedoch auch bereit, intellektuelle Unterstützung für den Prozess des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Afghanistan zu leisten. In diesem Zusammenhang sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre 200 Afghanen in China weitergebildet

werden. Beginnend mit dem Jahr 2007 stehen dann dem Nachbarland auch jährlich 30 Stipendien der chinesischen Regierung für ein Studium in China zur Verfügung.

Im Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen – mit einem Handelsvolumen von inzwischen ca. 400-500 Mio. US\$ jährlich bislang eine sehr einseitige Angelegenheit chinesischer Exporte – soll die Kooperation insbesondere auf dem Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationssektor sowie bei der Erschließung von Rohstoffen ausgeweitet werden – alles Bereiche, in denen chinesische Firmen hervorragend aufgestellt sind bzw. in China ein großer Bedarf besteht. Chinesische Investoren sind in Afghanistan willkommen, und die chinesische Regierung beschloss, beginnend mit dem 1. Juli dieses Jahres, die Zollfreiheit für 278 Produkte bei der Einfuhr nach China. (XNA, 19.6.06, 20.6.06; WSJ, 19.6.06; Xinhua, 19.6.06, nach BBC PF, 19.6.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

85. Jahrestag der Gründung der KPCh

Am 1. Juli 2006 feierte die Kommunistische Partei Chinas den 85. Jahrestag ihrer Gründung im Jahr 1921. Das eigentliche Gründungsdatum liegt allerdings am 23. Juli 1921 und den Folgetagen. Gemäß aktueller Statistiken vom Juni d.J. hatte die Partei Ende 2005 70,8 Mio. Mitglieder. 23% der Mitglieder sind jünger als 35 Jahre, 19,2% sind Frau-

en und 29% verfügen über einen höheren Bildungsabschluss.

Wie auch anlässlich des 80. Jahrestages wurde der diesjährige Jahrestag von Fernsehserien zur Revolutions- und Parteigeschichte und Feierstunden umrahmt. Die vom staatlichen Fernsehsender übertragene 90-minütige Rede in der Großen Halle des Volkes in Beijing hielt der Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao. Damit folgte er seinem Amtsvorgänger Jiang Zemin, der fünf Jahre zuvor die Festrede anstelle des Ministerpräsidenten, Li Peng, gehalten hatte (vgl. C.a., 2001/7, Ü 9).

Hu Jintao kündigte in seiner Rede keine neuen Partei- oder politische Reformen an. Vielmehr ging er auf die Erfolge und den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei ein. Diese habe sich im Zeitverlauf durch theoretische Konzepte wie die „Drei Repräsentationen“ von Jiang Zemin sowie dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ und der „harmonischen Gesellschaft“ unter seiner Führung erfolgreich an die sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Ferner repräsentiere die Partei die fundamentalen Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und habe ihre „fortschrittliche Natur“ durch Erziehungskampagnen bewahren können.

So konnte die im Januar 2005 initiierte ideologische Erziehungskampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Partei“ (*baochi dangyuan xianjinxing*) planmäßig nach 18 Monaten kurz vor den Feierlichkeiten erfolgreich beendet werden (vgl. C.a., 1/2005, Ü 11; 4/2005, Ü 11). Ihre erklärten Ziele waren, die Qualität der Parteimitglieder zu erhöhen, die Basisorganisationen